

Wiesbaden, 17.9.2014

Bundesweiter Aktionstag gegen Rassismus am 18. September

**Innenminister, Integrationsbevollmächtigter und agah gemeinsam entschieden
gegen Diskriminierung in all ihren Facetten**

Wiesbaden. „Der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ausgerufene bundesweite Aktionstag gegen Rassismus am 18. September ist ein wichtiges Signal. Auch unser Bundesland Hessen engagiert sich gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus“, erklärte der Staatssekretär und Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Jo Dreiseitel, in Wiesbaden. „Wir erleben leider immer wieder Formen von bspw. Antisemitismus, die gerade in Deutschland besonders unerträglich sind und deswegen dürfen wir nicht nachlassen, immer wieder für Toleranz, Miteinander und Offenheit zu werben und uns entschieden gegen jede Form von Rassismus zu stellen“, so Dreiseitel.

Der Bevollmächtigte betonte, dass es in Hessen für Antisemitismus und jegliche andere Form von Rassismus und Diskriminierung keinen Platz geben dürfe und sicherte der jüdischen Bevölkerung seine volle Solidarität zu: „Wir stehen an Ihrer Seite! Wenn Sie bedroht werden, dann werden wir alle bedroht. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Diskriminierung und Rassismus und die Sicherung der Grundrechte unserer Demokratie sind für uns oberstes Gebot. Es braucht hierzu ein starkes

zivilgesellschaftliches Bewusstsein, Engagement und staatliches Handeln. Deshalb hoffe ich, dass von dem Aktionstag gegen Rassismus auch ein starkes Signal gegen Antisemitismus ausgeht.“

Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, verstärkt gegen Rassismus und Diskriminierung vorzugehen und wird deshalb in den nächsten Monaten im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration eine Antidiskriminierungsstelle einrichten. Mit der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ im Jahre 2011 sowie dem Beitritt zur „Koalition gegen Diskriminierung“ in diesem Jahr sind bereits wichtige Schritte getan, um mehr Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.

„Unser Ziel ist und bleibt jede Form der Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Dazu ist es auch notwendig, die Anerkennungs- und Willkommenskultur in Hessen weiter auszubauen und damit Schritt für Schritt den Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Gesellschaft zu stärken“, betont Staatssekretär Dreiseitel.

Enis Gülegen, Vorsitzender der agah-Landesausländerbeirat, betonte anlässlich des Aktionstags: „Rassistische Erfahrungen oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft oder Hautfarbe sind leider noch immer traurige Lebenswirklichkeit für viele Menschen in Hessen. Rassismus hat aber keinen Platz in der hessischen Gesellschaft. Weder auf dem Sportplatz, am Arbeitsplatz noch in der Nachbarschaft. Denn er schadet dem friedlichen Zusammenleben, dem guten Ruf unseres Bundeslandes und ist auch ökonomisch ein Standortnachteil. Diskriminierungen und Rassismus können und wollen wir uns nicht leisten. Deshalb unterstützen wir die bundesweite Kampagne „Gleiche Chancen.Immer“ und stehen in einer gemeinsamen Verantwortung mit Land und Zivilgesellschaft, Rassismus aktiv zu überwinden. Die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle ist dabei ein richtiger erster Schritt, dem aber viele weitere folgen müssen. Dazu gehören vor allem ein besserer rechtlicher Schutz der Betroffenen, dezentrale Hilfeangebote in den Regionen ebenso wie umfassende Präventionsprogramme beispielsweise in Schulen.“

Der Hessische Innenminister Peter Beuth positionierte sich erneut entschieden gegen den Salafismus: „Wie jeder religiöse Extremismus ist auch der Salafismus eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Er grenzt Andersgläubige aus und bedroht sie und deren Lebensweise. Das dürfen und werden wir nicht zulassen. Weder in Hessen, noch in irgendeinem anderen deutschen Bundesland. Genauso wenig werden wir dabei zusehen, wie einige Wenige die Akzeptanz und das Ansehen muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hier gut integriert, verwurzelt und teilweise in Deutschland aufgewachsen sind, versuchen zu beschädigen, indem sie suggerieren, der Islam stünde im Gegensatz zu anderen Religionen und insbesondere zum Judentum und zum Christentum. Salafisten werden keinen Keil in die Mitte unserer Gesellschaft treiben. Dagegen werden die hessische Landesregierung und ich als hessischer Innenminister alles Erdenkliche tun“, so der Innenminister abschließend.

Pressereferat HMSI Dostojewskistraße 4 65187 Wiesbaden
 Verantwortlich: Esther Walter
 Telefon (0611) 8 17-3408 Telefax (0611) 32719466
 E-Mail: presse@hsm.hessen.de

Pressereferat HMdIS Friedrich-Ebert-Allee 12 65185 Wiesbaden
 Verantwortlich: Marco Krause
 Telefon: (0611) 353-1606 Telefax: (0611) 353-1608
 E-Mail: pressestelle@hmdis.hessen.de

Geschäftsführerin der agah – Landesausländerbeirat
 Ulrike Foraci
 Kaiser-Friedrich-Ring
 65185 Wiesbaden
 Tel.: 0611/ 98 99 5-0
 Mobil: 0172/ 6155997
 foraci@agah-hessen.de
<http://www.agah-hessen.de>